



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 4. Mai 2016  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## *Kurzb e r i c h t*

*über die*

### *129. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 4. Mai 2016, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf zur **Absenkung von Standards im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden**, Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/3907](#), vertagte der Ausschuss auf seine Sitzung am 18. Mai 2016. Er beschloss, an dem Tag ganztägig ab 10:30 Uhr zu tagen.

Nachdem der Verfahrens Antrag der Fraktion der CDU, zum Bericht der Landesregierung, **Bekämpfung der Einbruchskriminalität**, [Drucksache 18/3713](#), eine mündliche Anhörung durchzuführen, mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt worden war, nahm der Ausschuss den Bericht der Landesregierung einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Einstimmig kamen die Ausschussmitglieder überein, zu den vorliegenden Anträgen zum Thema **Body-Cams**, Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3849](#), und Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/3885](#), in einer ihrer nächsten Sitzungen unter Einbeziehung der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung ein Gespräch mit Vertretern des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und des ULD zu führen und dabei insbesondere die Frage zu thematisieren, ob für den Einsatz von Body-Cams in Schleswig-Holstein eine Änderung oder Ergänzung gesetzlicher Vorschriften erforderlich ist.

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Software Update für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1662](#), führte der Ausschuss ein Gespräch mit dem CIO der Landesregierung, Herrn Thomsen. Der Ausschuss schloss im Anschluss daran seine Beratungen zu der Vorlage ab und empfahl dem Landtag einstimmig mit Zustimmung des Antragstellers, den Antrag für erledigt zu erklären.

Auch seine Beratungen zu den beiden Anträgen zum Thema **Videoüberwachung an Bahnhöfen und in Schleswig-Holsteins Zügen**, Anträge der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/447](#) und [Drucksache 18/626](#), schloss der Ausschuss ab. Über die Vorlage der Fraktion der

PIRATEN, Entschließung zu Videoüberwachung an Bahnhöfen, [Drucksache 18/447](#), führte der Ausschuss eine nummernweise Abstimmung durch. Im Ergebnis empfahl er dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU, den Antrag in der auf seine Nummer 2 reduzierten Fassung anzunehmen. Zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern**, [Drucksache 18/626](#), schloss sich der Innen- und Rechtsausschuss dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, [Drucksache 18/3749](#), beschloss der Ausschuss vor dem Hintergrund der noch offenen Frage, ob eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs in der September-Tagung des Landtags ausreichend wäre, seine Beratung über das weitere Verfahren auf seiner Sitzung am 18. Mai 2016 zu verschieben. Er nahm in Aussicht, gegebenenfalls noch einen Prüfauftrag an den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages zu erteilen.

Zu folgenden Vorlagen beschloss der Ausschuss jeweils einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung:

- **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Veranstaltung von digitalen terrestrischen Hörfunkprogrammen durch den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Digitalradio-Änderungs-StV)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/3949](#)  
(Benennungsfrist: 11. Mai 2016/Stellungnahmefrist: 25. Mai 2016/weitere Beratung im Ausschuss: 1. Juni 2016/Zweite Lesung in der Juni-Tagung des Landtages)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/4000](#)  
(Benennungsfrist: 18. Mai 2016)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/4063](#)  
(Benennungsfrist: 18. Mai 2016)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/4064](#)  
(Benennungsfrist: 11. Mai 2016/Stellungnahmefrist: 1. Juni 2016/Formulierung schriftlicher Fragen an das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten und das ULD durch die Fraktionen/Beratung im Ausschuss mit MIB und ULD im Juli 2016/Zweite Lesung in der Juli-Tagung des Landtages)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**  
Gesetzentwurf mehrerer Abgeordneter der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/4107](#) (neu)  
(Benennungsfrist: 11. Mai 2016/Stellungnahmefrist: 10. Juni 2016/Zuleitung der Stellungnahmen an alle Abgeordneten des Landtages)

Die Ausschussmitglieder nahmen in Aussicht, in einer ihrer nächsten Sitzungen Vertreter der Landesregierung einzuladen, um mit ihnen gemeinsam über den Antrag der Fraktion der FDP, **Schnelle Internetzugänge für die Landespolizei**, [Drucksache 18/4097](#), zu beraten.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Zustimmung zum Staatsvertrag über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften**, [Drucksache 18/4086](#), kam der Innen- und Rechtsausschuss überein, den Bildungsausschuss zu bitten, sich im Rahmen der Selbstbefassung mit der Vorlage zu befassen und gegenüber dem Innen- und Rechtsausschuss ein Votum rechtzeitig zur Juli-Tagung des Landtags abzugeben.

Der Ausschuss nahm außerdem auf Antrag der Abg. Petra Nicolaisen **Berichte der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über die gerichtlich angeordnete Entlassung eines Sicherungsverwahrten in Hamburg, die aktuelle Situation in der Einrichtung sowie über Konsequenzen für Schleswig-Holstein**, [Umdruck 18/6031](#), und über die **Position der Landesregierung zur Änderung der strafrechtlichen Bewertung von Diebstählen geringwertiger Sachen und über Planungen der Landesregierung für entsprechende Initiativen auf Bundesebene**, [Umdruck 18/6054](#), entgegen. Hieran schlossen sich Aussprachen an. Das Ministerium sicherte zu, zur Personalsituation im Bereich der Sicherungsverwahrung in HH Fuhsbüttel den Ausschuss schriftlich zu informieren.

Außerdem führte der Ausschuss eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Modernisierung des Landesbeamtenrechts (LBModG)**, [Drucksache 18/3154](#), durch.

<b>Terminplanung</b>		
18. Mai 2016	<b>10:30 Uhr</b>	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Landeshaus
	<b>14 Uhr</b>	Nichtöffentliche und vertrauliche Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (Themen: Verfassungsschutz, Härtefallkommission)
25. Mai 2016	<b>14 Uhr</b>	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses,  u. a. <b>mündliche Anhörung</b> zum Gesetzentwurf Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften, <a href="#">Drucksache 18/3500</a>

Schluss: 17:55 Uhr

gez. Dörte Schönfelder